

Voelke-Zeitung

Dierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 3.00 Mark, vierteljährlich
8.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
am 14. Zeitungsergebnis unter
Soale-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Soale-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigenleitung Nr. 1142
u. 7411, der Druckerei-Nr. 1133

Anzeigepreise:

Die 8spaltige 34 mm breite
Millimeterzeile oder deren Raum
30 Z. und Reklamen die 92 mm
breite Millimeterzeile 90 Pf. An-
zeigen nehmen an anderer Ge-
schäftsstelle. Anzeigepreise
gemäß. Erfüllungsort: Halle.
Erkheim täglich 2 mal, Sonn-
tags und Feiertage 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Soale, Neue Promen-
ade 1a, Dr. Orenhauser, 17.
Leben-Verkaufsstelle: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Verleger: Soale Leipzig Nr. 4008

Nr. 19.

Halle, Dienstag, den 13. Januar 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

Ein Aufruf der preussischen Regierung.

Schwere Sabotage im Westen. — Ganze Telegraphenkabel mit 25 Leitungen zerhackt. — Ausdehnung des Eisenbahner-
streiks im Osten. — Energische militärische Warnung in Leipzig.

Am die verloren gegangenen Preußen.

WTB. Berlin, 12. Januar. Die preussische Staats-
regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Am die aus Preußen ausweichenden Staatsbürger!
Ministerpräsident und die Reichsregierung, die der Reichsprä-
sident und die Reichsregierung aus die deutsche Reichs-
teile gerettet haben, wenden sich die Regierung des Frei-
staates Preußen noch besonders an ihre von der Wirt-
schaft an fremde Staaten betroffenen Mitbürger. Der
dem deutschen Volke aufgeworfenen Frieden von Versailles
trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit an-
erkannter deutscher Bevölkerung, die in jahrhundertlangem
Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an
seinem ruhmwollen Aufstieg teilgenommen und sie
durch sorgfältige Bewachung unter Einwirkung der finan-
ziell n Kräfte des germanischen Staates auf eine hohe Stufe
wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat,
müß es verlassen.“

Das Band deutscher Zugehörigkeit wird nun gelöst.
Das Band der Zusammengehörigkeit des Geistes und des
Herzens kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemein-
same Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahr-
hunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt
zu zerreißen. Wir geloben euch Treue. Follet sie und
pflanz sie in die Herzen eurer Kinder! Das Recht der
Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden
sollte, ist euch verweigert. Die Reichsregierung setzt auch
die preussische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses
natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der
Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für euch
das Wort: „Nimmer daran denken, niemals davon reden.“
Berlin, 12. Januar 1920.

Die preussische Staatsregierung.

Hirth, Fischer, Braun, Sarnisch, Heine, Deier,
Dr. Südekum, Siegerwald, Dr. Am Jahnhoff.“

Bayerische Abschiedsworte.

WTB. München, 12. Januar. Ministerpräsident Hoff-
mann hat an die bayrischen Angehörigen des neuem
Saarbezugsgebiets eine Abschiedsrede gehalten, in der
es heißt:

„Nicht nur Abstinenz, Sprach- und Sitte, sondern auch
das Volkertsgut gibt den Saarländern die Befugnis, sich
Deutsch zu nennen und sich nach Ablauf der fünfzehn Jahre
bei der vertraglich vorsehenden Volksabstimmung als
Deutsch zu bekennen. Wir werden die innigen Beziehungen
der Volksgemeinschaft hegen und pflegen und mit Zu-
versicht auf den Tag hoffen, wo wir unsere Saarländer mit
freudigem Stolze wieder als Mitbürger unseres Staates be-
trachten dürfen.“

Abschiedsworte in Westpreußen.

„Entscheidung des Reichspräsidenten
WTB. Danzig, 12. Januar. In einer Bekanntmachung
des stellvertretenden Oberpräsidenten der Provinz West-
preußen, Förster, heißt es unter anderem:

„Die preussische Verwaltung überließ uns dem verlorenen
gegangenen Lande mit tiefem menschlichem Gefühl, aber mit
dem Bewußtsein, an der Entwicklung der Provinz mit aller
preussischer Pflichttreue mitwirken und hier Spuren hinter-
lassen zu haben, die dauerhafte sind als politische Grenzen.
Das Deutschum kann und soll hier fortbestehen und sich kräf-
tig erhalten. Wie die westpreussischen Deutschen ihre
Deutschum Treue bewahren sollten, so will das germani-
sche Volk hier auch Treue halten. Niemand soll das Ge-
fühl der Zusammengehörigkeit in deutschen Herzen abseits
und jenseits der Grenze erschüttern.“

Die Aktion des Radikalismus.

WTB. Berlin, 12. Januar. Die „Freiheit“ veröffent-
licht einen von der U. S. P. D. und der K. P. D. aus-
gehenden Aufruf der Zentrale der Betriebsräte Deutschlands,
in dem zum Kampfe gegen das Betriebsrätegesetz, zu Demon-
strationen und Massenversammlungen für das revolutionäre
Wirtschaften aufgerufen wird. Die kapitalistische
Produktionsweise ist gerichtet. Überlaufende letzten, weil
keine Kosten für Betriebe geschah n würden. Nur eine Um-
gestaltung der Produktionsweise könne den allgemeinen Zu-
sammenbruch verhindern.

Erfste militärische Warnung in Leipzig

Der Gebrauch der Waffen.

WTB. Leipzig, 12. Januar. Der Militärbeschluss
habet für Westfalen, Generalmajor Ernst von Witzke
erläßt einen Aufruf, in dem unter Hinweis auf die heute abend
in Leipzig und Umgebung geplanten Protestversammlungen
der U. S. P. gegen das Betriebsrätegesetz an die Beschie-
rung, insbesondere die Arbeiterschaft, die dringende Mah-
nung gerichtet wird, sich nicht für die politischen Zwecke einer
Friedensdemonstrationen oder Gewalttaten eine politische
Umwälzung herbeizuführen, werde militä-
risch bereits rücksichtslos mit Waffengewalt
entgegengetreten werden. Vor allem werden auch die
Jugendlichen, Frauen und Kriegsgefangenen gewarnt, sich an
den Demonstrationen zu beteiligen, um sich als Beugung für
die meist in den hinteren Reihen befindlichen Drahtzieher
herzugeben. Die Truppe habe Anteilung in diesem Falle
keinerlei Pflicht zu nehmen. Es sei bestatigt ge-
geben, in dem Falle ein Strafverfahren abzugeben.
Der Gebrauch der Waffen werde nötigenfalls den Beschie-
ten entsprechend sofort in vollem Umfange einlehen.

Der Protest der Leipziger Radikalen.
Leipzig, 12. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
uns in später Radikale gemeldet wird, haben alle
11 Parteiverfassungen der Radikalen einen ruhigen
Verlauf genommen. Von den Rednern wurde betont,
daß eine absolute neue Vorlage über das Betriebsräte-
gesetz kommen müsse. Das Gesetz in seiner jetzigen Form
würde die Vernichtung der Revolution bedeuten.
Besserung könne nur durch einen großen
Generalstreik kommen, nicht durch Partise
oder Teilstreik. Der Generalstreik dürfe aber erst in
Ersene gesetzt werden, wenn alle Branchen, auch die
Eisenbahnen, mit einbezogen werden könnten.
Das Militär liegt in Alarmbereitschaft. Alle wich-
tigen Gebäude sind militärisch besetzt.

Der Protest der Leipziger Radikalen.

Leipzig, 12. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
uns in später Radikale gemeldet wird, haben alle
11 Parteiverfassungen der Radikalen einen ruhigen
Verlauf genommen. Von den Rednern wurde betont,
daß eine absolute neue Vorlage über das Betriebsräte-
gesetz kommen müsse. Das Gesetz in seiner jetzigen Form
würde die Vernichtung der Revolution bedeuten.
Besserung könne nur durch einen großen
Generalstreik kommen, nicht durch Partise
oder Teilstreik. Der Generalstreik dürfe aber erst in
Ersene gesetzt werden, wenn alle Branchen, auch die
Eisenbahnen, mit einbezogen werden könnten.
Das Militär liegt in Alarmbereitschaft. Alle wich-
tigen Gebäude sind militärisch besetzt.

Rebelsaufforderung an die Essener Eisenbahner.

WTB. Essen (Ruhr), 12. Januar. Die Eisenbah-
direktion Essen veröffentlicht eine Aufforderung an sämtliche
Eisenbahndienstleistungen ihres Bezirkes, wonach diese sich jeder
unzulässigen Einmischung in den Betrieb und den Betrieb der
Eisenbahnen zu enthalten und dem Dienst sofort wieder auf-
zunehmen haben. Wer keine Arbeit nicht spätestens
am 14. Januar früh planmäßig wieder auf-
nimmt, ist zu entlassen.

Eisenbahnerstreik in ganz Schlessen.

WTB. Berlin, 12. Januar. Eine Versammlung von
Reizensmännern in Breslau hat, laut „Post. Ztg.“, den
Eisenbahnerstreik in ganz Schlessen beschlossen.
Er soll am Mittwoch beginnen. Im Ruhrgebiet
sind die Beschlüsse von drei Tagen in den Ausnahmestru-
cturen. Trotzdem von radikaler Seite zum Generalstreik im
Ruhrgebiet gehetzt wird, glaubt man, die Stilllegung der
Betriebe vermeiden zu können, wenn es gelingt, die zahl-
reichen Arbeitswilligen zu schützen. Im westlichen Industrie-
gebiet ist durch Sabotage der Streikenden der Teles-
graph- und Telephonverkehr teilweise gestört worden.
Nach einmündigter Feststellung handelt es sich dabei um
ein noch bevorstehendes Kampftrotz zur Stärkung des
Drahtverkehrs. An zwei Stellen wurden ganze Kabeln mit
je 25 Leitungen zerhackt. Die Beamtenstellen und die tech-
nischen Angestellten arbeiten an der Behebung der Störungen.
Unter dem Druck der Verhängung des Ausnahme-
zustandes erklärten sich heute auch die Streikenden bereit, die
Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke wiederherzustellen. Das
Reichspostministerium verhandelt mit den streikenden Teles-
graphenarbeitern.

Ueber 10000 Arbeiter arbeitslos.

Folgen des Eisenbahnerstreiks.

WTB. Düsseldorf, 12. Januar. In der Streittage
ist keine Veränderung eingetreten. Nach einer Verordnung
des militärischen Bezirksabtes werden die Kabarets,
Kinos, Parks und Kongresssäle gesperrt, da nur unter dieser
Bedingung die Streikleitung Ruhe heizet. Die Bedingun-
gen der Streikleitung erfordern auch die Stilllegung der
verbleibenden Betriebe zum Stromausfall. Dadurch werden
über 10000 Arbeiter, die jetzt ohnehin nur sehr Stunden
arbeiten, arbeitslos. Minderungen zu erreichen, war nicht
möglich.

Unter allen Umständen . . .

Befehl des hagenen Eisenbahners.

Hagen, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Eine am
Sonntag abgehaltene Versammlung der Eisenbahner des
Saarlandes, unter allen Umständen so lange im Streik zu ver-
harren, bis die Forderungen der Arbeiter restlos budge-
net sind werden.

Zur Rechtfertigung der Januar- erhebung.

Die Januarunruhen von der U. S. P. und den
Kommunisten sorgfältig vorbereitet.

Georg Ledebour nimmt in einem spaltenlangen Auf-
satz den „zur Rechtfertigung der Januar-
erhebung“ übergeben, in der „Freiheit“ nochmals
zur Entfaltung der Januarunruhen Stellung. Aus dem
langen Aufsatz ergibt sich unabweislich das Bild, daß die
blutigen Vorgänge des Bürgerkrieges der U. S. P.
zur Ausführl. Diese ernute Festlegung Ledebours
ist insofern von größter Bedeutung, als von den Unabhängi-
gen, je nachdem, wie es ihnen vorteilhaft erscheint, der
Ausbruch der Januarunruhen entweder als ihre glo-
riöse Tat geschilbert wird oder als von der „sozialre-
volutionären Regierung“ herangezogen hingestellt wird, wo-
bei die Unabhängigen dann als die reinen Un-
glücksfälle m mer bezeichnen. Man erklärt Ledebour un-
schuldig die Januarerhebung, der erste entlassene Versuch des
revolutionären Proletariats, die Revolution der Verump-
fung zu entfesseln, gemein sei, jedoch beileide nicht, wie sein
Genosse Silberding es darzustellen gewagt hat, die „an un-
erklärlicher Weise“ die Revolution“ gewesen sei. Ein
derartiger Vergleich erklärt Ledebour für völlig unzu-
treffend und irreführend. Denn wäre er richtig,
so wäre ja jener Silberding'sche Tribüneausbruch der
Gründung der deutschen Revolution gewesen.“ Und hat
die „Sozialrevolutionäre“ nicht schon im Namen? Ledebour
wendet sich hiergegen ganz energisch mit folgenden
Worten:

„Es muß entschieden Verwahrung dagegen eingeleitet werden,
daß Genosse Müller sich erlaubt, die Maßnahmen der
Berliner Proletariats, an der die Unabhängigen wie die
Kommunisten bis auf geringste Abweichungen nahezu
vollständig beteiligt waren, einen „Putz“ zu nennen.
Nicht eine Warnschleife und nicht ein „Putz“ wäre
die Januarerhebung gewesen, sondern ein ernst, wenn auch
zunächst fruchtloser Versuch gegen die „Hindenburgstellung“
der Aktion.“

Auch der dritte Genosse Ledebours, Dämmig, hat eine
Darstellung dieser Vorgänge gegeben, mit der Ledebour
sich einverstanden ist. Die „völlig falsche“ Dar-
stellung Dämmigs erklärt Ledebour damit, daß Dämmig wäh-
rend der ersten Kriegstage „an der Leitung der damals
führerschaftlich getrimmte Bewegung gar nicht beteiligt
war“. Dämmig, der in zwei Auflagen es unternommen hat,
eine geschichtliche Darstellung der U. S. P. bis zum Leip-
ziger Parteitag zu geben, wird von Ledebour folgender-
maßen abgelehrt:

„Er schweigt die Januarerhebung tot und schafft sich so
Raum für die Darstellung, als ob erst durch die Leipziger
Beschlüsse die U. S. P. das Anrecht darauf erworben
hätte, als eine revolutionäre Partei zu gelten.“

Mit seinem Todschweigeverfahren legt sich Dämmig in
schönen Einklang mit der kommunistischen Partei-
Rückblick, die durch die nämliche Methode sich den Vorwand
verschafft hat, die U. S. P. D. von der nach Moskau zu-
sammengerufenen internationalen Konferenz auszuschließen,
um sie dann in den Beschlüssen der Konferenz abzuschließen
als eine nicht revolutionäre Partei zu brandmarkieren. Man
sieht, wie eng dieses Todschweigeverfahren Dämmigs zu-
sammenhängt mit der Taktik, die er selbst auf dem Leip-
ziger Parteitag einschlug, als er den bedingungslosen An-
schluß an die Moskauer Internationale befürwortete, un-
schuldig unseres Ausschusses von jener Gründungskon-
ferenz. Damit kommen wir allerdings wieder auf die Frage
der Selbstachtung und der Parteilichkeit, über die ich mich
mit Dämmig niemals verhandigen werde.“

Weiter erzählt Ledebour, wie sich Dämmig und
Richard Müller, der bisher hervorstechendsten revolutionären
Mann ihrer eigenen Partei, im Leipziger Parteitag
hätten. Am 5. Januar 1919 seien die revolutionären Ein-
männer zusammengetreten, um zu der Frage, ob Widerstand
gegenüber der „Revisionskommission“ geleistet werden
sollte, Stellung zu nehmen. Müller und Dämmig hätten die
revolutionäre Aktion bekämpft und nicht ein-
sehen wollen, daß die Unabhängigen genötigt gewesen seien,
den Kampf aufzunehmen. Bei der Abstimmung hätten sich
etwa 80 Genossen für die Aufnahme des Kampfes erklärt,
etwa 60, darunter Müller und Dämmig, dagegen ausge-
sprochen.

Während nun aber die anderen Koronanten in voller Bereit-
schaft gegenüber der revolutionären Bewegung, der sie angedien
sich dem Belieben fügten und daher genau je gut ihre Spur zu
Markte setzen haben wie wir anderen, erklärten Müller und
Dämmig, daß sie jede Beteiligung an den Kämpfen ablehnten
und sich von der Bewegung zurückzogen. Darüber ist es wohl
nicht bekannt, am 7. Januar, als die Verhandlungsmannschaft der
revolutionären Delegation im Abgeordnetenhaus erschien, eine bis
hohe Ansehensbeurteilung mit Müller und Dämmig gegeben.
Zum Schluß leitete Müller, der, wie bereits bemerkt,
sicherlich kein Beweis dafür bringt, daß die Unabhängigen

gemeinsam mit den Spartakisten die Januarrevolution zu propagieren haben, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, erklärt Weber, daß er den Versuch Däumig und Müller, ihre augenblickliche tatfächliche Auffassung als die allein wahrhaft revolutionäre auszusprechen, aufheben zu lassen müßte. Die beiden genannten Gewerkschaften hätten in der Stunde höchster Gefahr, als die revolutionäre Bewegung auf die Probe gestellt wurde, selber versagt.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit angenommen. Die grundsätzliche Zustimmung der Nationalversammlung ist selbstverständlich, da sie selbst die Aufhebung gefordert hatte. Die Allgemeinheit wird die Neuerung begrüßen. Dem Namen Kriegsgesetz hat das Parlament nur einmal unheimliche Vorstellungen angehängt, als wemlich zu der „Raub“, an die man seine Verurteilung stelle. Und doch sollen die Kriegsgesetze jetzt eigentlich nicht dem Vorrechte gegen die Härte ihrer Justiz zum Opfer, sondern dem entgegengelehrt, daß sie Anstalten seien, um militärische Sünden gegen bürgerliche Rechtsempfindungen vor den nach öffentlichen Meinung verwirkten Verstrafungen zu schützen. Der letzten Anlaß zur Einbringung des vorliegenden Gesetzentwurfes hat bekanntlich das milde Urteil gegen Marlow gegeben!

Ein solcher Konflikt ist bereits von 300 (dreihundert) Jahren einmal historisch dargestellt worden. In Calcedonsen Alanden von Salama nimmt der militärische Gerichtsherr einen Untergebenen unter seine Fittiche, der sich durch Verwegenheit der Forderung seines Quantenröbers fände gegen Väter und geschicktes Gesetz vergangen hat. Der Vater aber der Entzweiten und zugleich Vorkämpfer der bürgerlichen Partei, vollzieht aus angemessenem eigenen Rechte die Todesstrafe an dem Schwelger und wird durch aus von König Philipp II. nach Spanien geschickt. Der spanische Kaiser hat freilich die schuldlosester der militärischen Gerichtsbarkeit herausgenommen. Die Gefahr, daß sie bei Konflikten mit der nichtmilitärischen Welt zu einem Werkzeug bürgerlicher Vorfälle entartet. Wegen dem ist natürlich aber auch der umgekehrte Fall: daß die Unterstellung von Militärpersonen unter Gerichtshöfe, deren Mitglieder von grundsätzlicher Feindschaft gegen den Soldatenstand beunruhigt sind, die Rechtsdurchsetzung der Befehlsbefugnisse verflärt werden. Und wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, wird dies Gefahr geteilt, je mehr der demokratischen Tendenz Raum geben wird, die Verurteilung durch sogenannte „Kriegsgerichte“ zu ersetzen.

Es wird nicht leicht werden, solchen Elementen die Strafbarkeit der im engsten Sinne sogenannten militärischen Straftaten in Justiz und Luz übergeben zu lassen, sie mit der Übergangung z. B. von der Schwere des militärischen Auftrages, der Untreue gegen den Gehörten zu erfüllen. Und gerade unter den heutigen Verhältnissen ist das doppelt bedenklich, da wir eben im Uebergang von dem Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht zu freiwilligen-Ärmern begriffen sind. Auf die Gefahr, welche die Befehlsbefugnisse durch die Ermöglichung von Straftaten, daß bei ernstlichen Störungen der öffentlichen Ordnung durch neue innere Unruhen in kürzester Frist wieder Unannehmlichkeiten entstehen werden können, die durch Einsetzen von Staatsgerichten mit der Befugnis schneller Urteilsverkündung folgenreicheren Mafsen das Bewußtsein in den überlegenen Mächten in des Staates in die Erinnerung zurückrufen. Und für die innere Disziplin des Heeres werden auch weiterhin natürlich Staatsgerichte bestehen bleiben!

Der kommende Reichswirtschaftsrat.

Der von vielen Seiten so sehnlich herbeigewünschte Reichswirtschaftsrat soll nun nach einem dem Reichsrat vorgelegten Entwurf baldmöglichst ins Leben gerufen werden. In Unternehmungen legt man auf diesen Reichswirtschaftsrat, der ein Gegenstück der wirtschaftlich mächtigen Kreise gegen das heute eine Vertretung der Massen darstellende politische Parlament bilden soll, große Hoffnung. Man hat in diesen Kreisen sogar dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß schon das Betriebsratgesetz nun in einer vom Reichswirtschaftsrat vorher gebilligten Form Gesetz werden möge. Dieser an sich begründete Wunsch weist bereits auf die Gefahr hin, die aus dem Nebenabfertigen von Parlament und Reichswirtschaftsrat leicht entstehen kann. Wenn der Reichswirtschaftsrat nichts anderes darstellt als eine wirtschaftliche Vertretung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise sowie der sonstigen wirtschaftlich bedeutungsvollen Körperschaften und in dieser Eigenschaft wirtschaftliche Befugnisse besitzt und seine Einwirkung dem Parlament zur Kenntnis gibt, so ist das durchaus nützlich, und jedes Parlament wird die Meinungsbildung einer solchen Körperschaft für im höchsten Grade dankenswert halten. Aber wenn man einen solchen vorherige Meinungsbildung Wert gelegt wird, so ist sehr gefährlich, daß man Betriebsratgesetz die in Betracht kommenden wirtschaftlichen Kreise deutlich genug ihre Meinung gelehrt haben, so daß auch aus einer Beratung eines Reichswirtschaftsrats nichts anderes herauskommen würde als ein unvereinbares Auseinandergehen der Wünsche der Arbeitgeber von denen der Arbeitnehmer. Offensichtlich aber hofft man in gewissen Kreisen, den Beschlüssen des Parlaments andersartige Weisungsbeschlüsse des Reichswirtschaftsrats entgegenstellen und dann dieses Auseinandergehen beider Körperklassen zum Vorwand für den angesprochenen Generalstreik benutzen zu können. Dieser Gefahr gegenüber ist es notwendig, daß der Entwurf zur Schaffung eines Reichswirtschaftsrats ganz klar die Befugnisse dieses Körperschafts als einer lediglich beratenden, aber nicht selbständig handelnden, damit die Gesetzgebung nicht etwa durch Generalstreikenspielen von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat isoliert werden kann.

Ausschluß der Essener Beamten an den Streik?

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) In den rheinisch-westfälischen Eisenwerken heute Versammlungen statt, in denen zur jetzigen Lage Stellung genommen werden soll. In Essen sollen sich die Beamten heute darüber beschließen, ob sie sich dem Streik anschließen.

Beendet Eisenbahnerstreik in Köln.

Köln, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit heute morgen wieder aufgenommen.

Sicherungsmaßnahmen am Reichstagsgebäude.

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) In der Erwartung großer Kundgebungen aus Anlaß des Betriebsratgesetzes sind vor und im Reichstagsgebäude umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. Es wird eine sehr starke Kontrolle für die Besucher des Saales eingeführt. Zur zweiten Lesung des Betriebsratgesetzes sind von den Parteien zahlreiche Abänderungsanträge eingereicht worden. Wenn auch wesentliche Abänderungen nicht zu erwarten sind, so dürften Verbesserungen doch nicht ausgeschlossen sein.

Geheime Sitzung des Reichskabinetts.

Das Treiben der Kommunisten. Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Heute vormittag fand eine geheime Sitzung des Reichskabinetts mit der preussischen Regierung statt. In dieser wurde die Situation in Westdeutschland eingehend besprochen. Wie wir hören, geht aus den dem Reichskabinett vorliegenden Berichten aus Westdeutschland unmissverständlich hervor, daß zahlreiche kommunistische und sozialistische Elemente sich wieder an die Oberfläche wagen, und daß besonders die Zentralisierung in Elberfeld sich wieder ihrem Einfluß geltend macht. Die Eisenbahnerbewegung scheint sich auch nach Drogen, Berlin und Hamburg verlagert zu haben. Auch in Berlin wird eine parteilose kommunistische Propaganda betrieben. In parteiloser Weise wird angenommen, daß die Mafsen der extremen Parteien, den jetzigen Moment zu einem Generalstreik auszurufen und die morgen beginnende Beratung des Betriebsratgesetzes in der Nationalversammlung zum Anlaß zu nehmen, einen politischen Umsturz zu bewirken, durch die Zurückbildung der Arbeiterjugend gemacht wird.

Teilweiser Bergarbeiterstreik im Westen.

Berlin, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus Dortmund gemeldet wird, sind im Ruhrbezirk die Belegschaften dreier Zechen in den Ausstand getreten. Von radikaler Seite wird für einen Generalstreik agitiert, doch hält man die Gefahr eines solchen für nicht drohend, solange für andernfalls den Gehn der zahlreichen Arbeitswilligen gesetzt wird.

Verkehrsminister Bell über die Lage.

Seine Forderungen der Streikenden. Berlin, 12. Januar. Reichsverkehrsminister Dr. Bell erklärte einem Mitarbeiter des „Volkswirtschaftsblattes“ über die Eisenbahnenbewegung: Trotz des bewilligten Stundenlohnens von 3,50 Mark seien neue Forderungen aufgestellt worden, insofern als die neue Lohnzahl schon vom 1. Oktober 1919 an gelten soll. Der Gehn der Lage bewirde unser ganzes Wirtschaftssystem. Die Streikenden würden eine ungeheure Verantwortung auf sich laden, wenn sie weiter in ihrem Ausbleiben des Heeres bestehen. Selbst nach Beendigung des Streiks würden die schädlichen Wirkungen noch nicht ab sein, da die aufgeschauften Vorräte erst allmählich wieder abtransportiert werden könnten. Die Gründe der Eisenbahnerbewegung, sagte der Minister, sind nicht klar. Von 100 Organisationsleitungen der Eisenbahnen in Berlin werden die Streiks nicht gebilligt. Mit einer Ansicht nach ist die Bewegung bei den Eisenbahnerstreik nicht rein wirtschaftlicher Natur. Auch dieser Streik wird von kommunistischen Agitatoren für ihre Zwecke ausgenutzt, ohne daß die Streikenden selbst es wissen. Daher haben wohl auch die Organisationsleitungen ihre Leute nicht fest in der Hand.

Schr. v. Lersner über den Friedensvertrag Die Auslieferungstrage.

Paris, 12. Januar. Der Vorkämpfer der deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Lersner, genährte den Berichtern der Agentur Hannos des Kaiserlichen Büros und der Associated Press ein Interview, in dem er auf die Fragen der Pressekreise folgendes ausführte: Die Infragestellung des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf, die wohl je einem Volke auferlegt wurden, besonders durch die Abtrennung von Gebieten, die seit vielen Jahrhunderten zu Preußen gehörten, und durch ungeheure wirtschaftliche Verpflichtungen. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erstrebenswert, denn Deutschland bekommt damit

Die Kaiserlichen gefangenen Söhne

Ministerpräsident Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Gefangenenfrage mit keiner anderen Frage verknüpft werde, und daß die Beilegung noch heute beschleunigt werden wird. Sie soll ohne Unterbrechung auf dem schnellsten Wege durchgeführt werden. Das haben mir Vauquere und Dufaure ausdrücklich versichert. Deutschland hat bereit, ohne dazu durch den Friedensvertrag verpflichtet zu sein, mit 1/2 Auslieferung einer Anzahl Gefangener, zum Beispiel der Kaiserlichen Söhne, wenn Deutschland wieder in Auslieferung seiner verhafteten kriegsgefangenen Verpflichtungen

Es ist an die Grenze des Möglichen gehen, und wir hoffen, daß das deutsche Volk durch allmähliche Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit auch die schweren Zeiten überwinden wird. Das Wirtschaftleben Deutschlands und der Entente, vor allem Frankreichs, sind auch eng miteinander verknüpft. Das wirtschaftliche Geschehen Frankreichs ist zum großen Teil von der wirtschaftlichen Erhaltung Deutschlands abhängig.

Eine wirtschaftliche Durchführung der Auslieferungstrage wird die schwersten Bedenken für die Frage und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die fatalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage. Deutschland wollte hier verfahren, als von der Entente nach dem gemeinsamen Schicksal in Deutschland vor einem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche

Anteiliger mit weitgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Es ist nicht anzuschließen, daß in normalen Zeiten die Frage von der Entente aus erneuert wird. Der deutsche Vorkämpfer geht weit über das hinaus, was seinerzeit durch die Entente unter dem Vorwand der gesamten Entente-Diktatur gegen uns abgelehnt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

Die Abtrennung des Memelgebietes.

Paris, 12. Januar. Der Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet, Graf Lambsdorff erklärt eine Befürwortung, wonach im Memelgebiet die Souveränität an die alliierten und assoziierten Mächte übergeben ist. Die militärischen und zivilen Behörden, Beamten und Dienstleistungen für Amt nach den bisherigen Geleisen weiter. Das Memelgebiet ist aus der Selbstverwaltung Deutschlands auszublenden. Eine Zollgrenze mit Deutschland wird zunächst nicht eingerichtet. Die zünftige Zollgrenze bleibt aufrechterhalten.

Die Durchführung der Gefangenen-Transporte.

Paris, 12. Januar. Die Reichsagenturen für Krieges- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nunmehr sofort beginnen wird mit regelmäßiger Belieferung durchgeleitet werden wird. Die Gefangenen herauszugeben. Die Besprechungen über die Durchführung der Transporten haben in Paris unter Düninburgs deutscher Transportkommission bereits begonnen. Die Auslieferung der in französischen Internierungslagern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen wird in jedem angeordneten Umfang von deutscher Seite gefordert werden. Die in der Woche angetragene Maßnahme, daß die von Deutschland zu liefernden Eisenbahnwagen richtig richtig zur Stelle gestellt werden, entspricht nicht den Tatsachen. Die Wagen seien bereit, und es ist längst in Vorbereitung, daß das Eisenbahnmaterial zu jeder Zeit nach der Anforderung seitens der französischen Behörden abzurufen kann. Die Züge, die in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden laufend bekanntgegeben werden.

Verhandlungen über die Räumung Westpreußens.

Danzig, 12. Januar. Sonnabend traf hier ein Vorkommendo polnischer Offiziere ein, heute nachmittag die politische Militärkommission, um mit der alliierten Belegschaft über die Räumung Westpreußens zu unterhandeln. In der Räumung Danzigs wird mit dem Polen, sondern mit der Entente verhandelt.

Die Auslieferungstrage.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Pariser Information“ meldet aus Paris: Die Konferenz der Vertreter der alliierten Mächte hat beschlossen, die Führer der deutschen Armeen im Kriegsgebiet, sowie die verantwortlichen Belegschaften der Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen. Die Führer der Armeen werden nur der Räumung und der Räumung zur Verantwortung gezogen. Die Konferenz hat ferner die Auslieferung einer größeren Anzahl Angehöriger des Großen Generalstabes und des Großen Hauptquartiers gutgeheißen.

Aus der bayerischen Rätezeitung.

457 000 Mark unter der Hand. München, 12. Januar. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Theaterdirektors Kurt Popp aus Danzig, der vom Landgericht I in Wilmanns am 17. September 1918 wegen Unterschlagung zu drei Jahren einer Monatens Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte als Angehöriger des Reichsrepublik Ende April 1919 457 000 Mark, die er einer Bergwerksdirektion überbringen sollte, sich angeeignet und damit das Verbrechen begangen.

Deutsches Reich.

Minister Auer wieder hergestellt. München, 12. Januar. Minister Auer ist so weit wieder hergestellt, daß er morgen die Klinik verläßt und sich zur Stadt in bayerische Oberland begibt.

Niederlage der Nationalen im Zentralverband.

Berlin, 12. Januar. Der „V. Z.“ zufolge haben bei den letzten Delogier wählten des Zentralverbandes der Angehörigen die Unabhängigen und die Kommunisten eine vollständige Niederlage erlitten. Di. beiden Parteien konnten von 1723 abgegebenen Stimmen nur 450 auf ihre Liste verzeichnen.

Viele Fabriken in Göttingen stehen still. Göttingen, 12. Januar. Wegen Mangels an Kohlen ist heute das hiesige Elektrizitätswerk und damit die elektrische Lichtversorgung, sowie viele Fabriken zum Stillstand gekommen. Ebenso werden die Zeitungen nicht erschein. Man erwartet jedoch einige Waggons Kohlen, so daß der Betrieb wieder aufgenommen werden können.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 12. Januar. Heute früh erstanneten den Abendblättern zufolge, die Arbeiter der Berliner Versicherungsunternehmen vollständig an ihren Arbeitsplätzen. Die Arbeit ist in vollem Umfange mit der aufgenommen worden. Zu Kundgebungen ist es nicht mehr gekommen.

Aus der bayerischen Rätezeitung?

Hamburg, 12. Januar. Der normale Arbeitswirtschaftsminister Willif sprach gestern vor dem Arbeiter Rat Groß-Hamburgs über sein Wirtschaftssystem, die Planwirtschaft. Er meinte, daß nur durch sehr Planwirtschaft ein Ausweg aus dem Welt zu finden sei.

Kunst und Wissenschaft.

Der Verein der Freunde der Kunst in Thüringen...

Am Leiter des Braunschweiger Landestheaters...

Provinzial-Nachrichten.

a. Eiben, 12. Januar. (Ermittelter Mörder)...

c. Weihenstephan, 12. Januar. (Spießhaken)...

d. Jessau, 12. Januar. (Dänische Kartoffeln)...

f. Gera, 12. Januar. (Zu einem Biertrinke)...

Genf, 12. Jan. (Mord an einem Arzte)...

Vermischtes.

Gefährliches Dammschiff. Wälfgräber, 12. Januar. Wie der 'Genote'...

Gefährliches Hochwasser. Rudolstadt, 12. Januar. Gefährliches Hochwasser...

Wochen in Prehung. Aus Preburg wird berichtet...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Den deutschen Rohzuckermarkt hat die erste...

Am Raffinadenmarkt kamen für Rechnung einiger...

reifen wird neben der Notwendigkeit der Aufhebung...

Umschwung am Tabakmarkt.

Aus Mannheim wird berichtet: Die Verhältnisse...

Warenkennzeichnungs-Bild.

Berlin, 12. Januar. Der ernöhlte Preisabschluss...

Devisenkurse.

Table with columns for location (New York, London, etc.), date, and exchange rates.

Produktenbericht.

Berlin, 12. Januar. Am Getreidemarkt hat das Angebot...

Berlin, 12. Januar. Amtliche Notizen. Inland. Saler...

Wagenmarkt. Am Eisenbahnverkehrsbericht Halle (S.)...

Ein neuer Papierstoff. In Tokio ist eine Gesellschaft...

Sängerhüser Aktien-Gesellschaft und Eisen...

Berliner Börse

vom 12. Januar 1920

Large table of stock market data including 'Deutsche Werte', 'Ausland. Werte', 'Eisenbahn-Aktionen', 'Schiffahrts-Aktionen', 'Bank-Aktionen', 'Industrie-Aktionen'.

Tendenz: fest.

Leipzigger Börse.

Leipzig, den 12. Januar 1920.

Halle'sche Zucker-Raffinerie 192,75...